

Fadegrad



von
Nina Fehr Düsel

Richtiger Anreiz bei Sozialhilfe

Am 24. September 2017 stimmen wir im Kanton Zürich über die Änderung des Sozialhilfegesetzes ab. Dies wird eine wichtige Abstimmung, wobei die SVP von den bürgerlichen Parteien unterstützt wird. Die Änderung des Sozialhilfegesetzes verlangt, dass vorläufig aufgenommene Ausländerinnen und Ausländer, deren Asylgesuch abgelehnt wurde (Ausweis F), keine Sozialhilfe mehr erhalten. Sie sollen nur noch nach den reduzierten Ansätzen der Asylfürsorge unterstützt werden, womit die Regelung wieder eingeführt würde, die bis Ende 2011 in Kraft war.

Vorläufig Aufgenommene haben ein Asylgesuch gestellt, auf das zwar eingetreten, dieses dann aber abgewiesen wurde. Diese negative Verfügung ist mit einer Aufforderung versehen worden, die Schweiz zu verlassen. Weil die Wegweisung nicht vollzogen werden kann, wird ein Bleiberechtstitel, ein Duldungsstatus, verfügt. Das ist die Bewilligung F bzw. der Titel vorläufige Aufnahme.

Das Prinzip von Leistung und Gegenleistung, das den SKOS-Richtlinien zugrunde liegt, muss auch bei Asyltarifen angewendet werden. Ende Mai 2017 befanden sich im Kanton Zürich 5597 vorläufig Aufgenommene. Eine vorläufige Aufnahme bedeutet, dass für die Betroffenen keine direkte, persönliche Verfolgung an Leib und Leben besteht. Demzufolge liegen keine Asylgründe vor und das Asylgesuch wird abgewiesen. Es besteht deshalb kein Recht auf Sozialhilfe, sondern auf eine entsprechende Nothilfe. Diese tieferen Ansätze der Asylfürsorge zielen einzig auf die Existenzsicherung.

Mit dem neuen Sozialhilfegesetz nach altbewährten Grundsätzen werden Fehlanreize im Asylwesen endlich beseitigt. Bisher profitieren abgelehnte Asylbewerber, die aber zurzeit nicht weggewiesen werden können, von zu hohen Sozialleistungen: Denn aktuell bekommen abgewiesene Asylbewerber (Asyl F) dieselben Leistungen wie Schweizer Sozialhilfebezügler, Ausländer mit ordentlichen Aufenthaltsbewilligungen und anerkannte Flüchtlinge. Diese Gleichstellung im Kanton Zürich ist nicht gerecht. Alle anderen Kantone – ausser Basel-Stadt und Luzern – kennen dies nicht.

Ebenso gibt es auch AHV-Rentner und AHV-Rentnerinnen, die 44 Jahre in der Schweiz hart gearbeitet haben, monatlich aber weniger erhalten als eine Asyl-F-Person, die eigentlich das Land verlassen müsste. Auch diese Handhabung ist stossend.

Viele Asyl-F-Personen schicken einen Teil ihrer Sozialhilfegelder in die Heimat. Dadurch kommen weitere Wirtschaftsflüchtlinge in die Schweiz. Die zu hohen Leistungen sorgen für falsche Anreize. Es gilt diese Sogwirkung für neue Wirtschaftsmigration zu beseitigen! Gemäss Ausländergesetz muss die Unterstützung für vorläufig Aufgenommene unter dem Ansatz für die einheimische Bevölkerung liegen. Die Anpassung an Bundesrecht ist absolut richtig.

Der Kantonsrat beschloss im Frühjahr 2017 mit 109 zu 60 Stimmen mit einer Änderung des Sozialhilfegesetzes die Rückkehr zum alten System mit tieferen Ansätzen (Asylfürsorge). Auch der Regierungsrat empfiehlt ein Ja. Gegen diesen Beschluss des Kantonsrates wurden das Gemeinde- und das Volksreferendum ergriffen. Nun soll das Stimmvolk darüber befinden. Stimmen Sie Ja zu einem gerechten Sozialhilfegesetz. Mit einem Ja zum Sozialhilfegesetz wird unser Asyl-Sozialsystem wieder ins Gleichgewicht gebracht.

AUS DEM ZÜRCHER GEMEINDERAT

Islamismus: Die SVP handelt

Jedes Mal, wenn uns wieder ein islamistischer Terroranschlag erschüttert, hören wir von den politischen Verantwortungsträgern die gleichen Floskeln: «Wir verurteilen diesen feigen Anschlag», «Wir sind zutiefst betroffen», «Wir bekunden unsere Anteilnahme». Welche bösartige Ideologie hinter der Gewalt steckt und welche Missstände bei der Einwanderung sofort zu unterbinden sind, davon ist jeweils nichts zu hören.



Samuel Balsiger
Gemeinderat SVP
Zürich 9

Es ist einer der grossen Verdienste der SVP, dass in der Schweiz Missstände besprochen werden, bevor es zur Eskalation kommt. Probleme werden dadurch entschärft. Allerdings schafft es auch die Volkspartei nicht immer, gegen die Verblendung der Gutmenschen erfolgreich anzukämpfen. Beispielsweise ist für Bundesrätin Sommaruga bis heute jeder illegale Migrant ein Flüchtling, der im Sozialstaat kostspielig betreut werden soll. Der zehntausendfache Asylmissbrauch stellt in verschiedener Hinsicht eine Bedrohung dar. Durch die Pflöcke, die die SVP in der politischen Diskussion einschlägt, bewegt sich die öffentliche Meinung zumindest langfristig in die richtige Richtung. «Wir schaffen das» und ähnliche leere Redewendungen verhalten immer öfters ungehört.

Leider hören wir in letzter Zeit sehr viele Floskeln der Betroffenheit. Nach Barcelona und Cambrils vor rund zwei Wochen erfolgten islamistische Terroranschläge in Finnland, Russland, England und Belgien. Zudem wurde bekannt, dass mindestens einer der Massenmörder von Barcelona in Zürich ge-

wesen ist. Im spanischen Versteck der Terrorzelle wurden dann auch ein Sprengstoffgürtel und 120 Gasflaschen für eine gigantische Bombe entdeckt. Weil beim Bombenbauen ein Haus in die Luft flog, wurde der äusserst brutale Anschlag schlussendlich mit einem Fahrzeug ausgeführt. Alarmierend: Das Gedankengut, das in Spanien dieses furchtbare Leid verursachte, hat eine personelle Verbindung nach Zürich. In der immer länger werdenden Liste von islamistischen Terroranschlägen fehlt zum Glück bislang ein Schweizer Ort.

Der Terror kommt näher

Es ist aber leider offensichtlich, dass der Terror näherkommt. Die Zeit zum Handeln wird knapper. Die Diskussion über die Islamisierung hat die SVP schon vor Jahren angestossen. Bereits 2006 wurde im Zürcher Kantonsrat eine Initiative besprochen, die ein Bauverbot für Minarette zum Ziel hatte. Im Jahr 2009 wurde dann die eidgenössische Volksinitiative «Gegen den Bau von Minaretten» vom Schweizer Volk angenommen. Die Volkspartei sprach sich also europaweit als eine der ersten Parteien gegen den radikalen Islamismus aus. Auch im Gemeinderat ist die SVP aktiv.

Am letzten Mittwoch erfolgte mit grosser Unterstützung der Fraktion ein weiterer parlamentarischer Vorstoss. **Walter Anken**, SVP-Gemeinderat aus dem Kreis 7/8, und ich formulierten in

FRAKTIONSERKLÄRUNG

Multimillionen-Freipass für das EWZ



Dubravko Sinovcic
Gemeinderat SVP
Zürich 1/2

Den fundamentalen Richtungsentscheid verpasst, nun folgt der rotgrüne Multimillionen-Freipass für das EWZ! Die linksgrüne Ratsmehrheit stemmt sich vehement gegen jegliche Form der Privatisierung. Deren Leitmotiv in jeder politischen Handlung bezüglich der staatsnahen Betriebe ist die Verstaatlichung. Dort, wo die politische staatliche Führung unter der Rahmenbedingung einer Dienstabteilung offensichtlich versagt, sei es beim EWZ oder bei den Stadtpitalären, weigert sich die linke Politik, dies einzugestehen. Aus diesem Grund hatte die Ratslinke versucht, eine «Privatisierung light» im EWZ durch die Umwandlung in eine öffentlich-rechtliche Anstalt durchzudrücken. Es versteht sich von selbst, dass die SVP dieser Pseudoausgliederung nicht zustimmte, sondern sich für eine konsequente Privatisierung des EWZ in Form einer politisch unabhängigen Aktiengesellschaft einsetzt.

Das EWZ benötigt für die Bewältigung seiner Aufgaben zukünftig den unternehmerischen Freiraum und kann mit dem Korsett der Stadtverwaltung oder mit verwaltungsnahen Strukturen nicht überleben. Die Zukunft stellt grosse Herausforderung an das EWZ. Man denke nur an die von der SVP nicht unterstützte Energiewende. Der Ausstieg aus der Atomenergie und die Förderung der erneuerbaren Energien wird die Energieversorgung der Zukunft herausfordern. Für diese Herausforderungen muss das EWZ im Markt agil handeln und wo nötig selbstständig in Forschung, Entwicklung und Marketing investieren können. Das Resultat der

aktuellen Situation sind wiederkehrende Rahmenkredite in 3-stelliger Millioenhöhe, welche dem EWZ eine «unternehmerische» Freiheit ermöglichen sollen. Nach Ansicht der SVP ist es klar, dass es eine stringente Lösung für das EWZ braucht.

Entweder wird das EWZ als umfassender Energiedienstleister aus den Fesseln der Stadtverwaltung entlassen, damit das zukünftige privatwirtschaftlich agierende Management mit dem verfügbaren Kapital entsprechend der Marktanforderungen handeln kann, oder man belässt das EWZ in der Stadtverwaltung. Dies dann aber als reiner Stromversorger. Es ist nicht Aufgabe der Stadt Zürich, Dienstleistungen anzubieten, welche auch von privaten Unternehmen angeboten werden können. Welche Investitionen der liberalisierte Strommarkt hervorruft kann mit einigen Zahlen belegt werden:

- Rahmenkredit 2003: CHF 75 Mio.
- Rahmenkredit 2007: CHF 20 Mio.
- Rahmenkredit 2008: CHF 40 Mio.
- Rahmenkredit 2009: bereits CHF 180 Mio.

Nun folgen Anträge am Laufmeter mit Investitionsvolumen von CHF 200 Mio. Die Haftung des unternehmerischen Risikos wird den Steuerzahlern aufgebürdet.

Die Verantwortung für all das tragen diejenigen, die dem Rahmenkredit von CHF 200 Mio sowie der dazugehörigen Strategie zugestimmt haben. Erfahrungsgemäss werden aber dieselben Leute erneut schulterzuckend zu Kenntnis nehmen, wenn mittel- bis langfristig wiederum ein Millionen-Grab entsteht. Die SVP setzt sich für eine Stärkung des EWZ und somit eine Ausgliederung aus der Stadtverwaltung ein. Überbordende Rahmenkredite, Konkurrenzierung der Privatwirtschaft und Pseudoausgliederungen lehnt die SVP heute und auch in Zukunft strikte ab.

SO STIMMEN SIE RICHTIG!

Volksabstimmung vom 24. September 2017

Vorlagen Stadt Zürich

1. Erstellung Bundesasylzentrum auf dem Duttweiler-Areal, Zürich-West, Objektkredit von 24,5 Millionen Franken	Nein
2. Gemeindebeschluss «Rationelle Verwendung von Elektrizität» vom 5. März 1989, Aufhebung	Ja
3. Elektrizitätswerk der Stadt Zürich, Rahmenkredit von 200 Millionen Franken für den Erwerb von Energieerzeugungsanlagen, die erneuerbare Energie nutzen	Nein
4. Cabaret Voltaire, langfristige Sicherung durch Liegenschaftentausch mit der Anlagestiftung Swiss Life	Nein

sehr guter Zusammenarbeit ein Postulat. Wir fordern darin den Stadtrat auf, zu prüfen, welche öffentlichen Plätze durch Poller-Installationen vor islamistischen Terroranschlägen geschützt werden sollen. Dadurch sollen Fahrzeug-Attentate an diesen Orten vermöglicht werden. Das Grundproblem, nämlich das Asylchaos und die offenen Grenzen, können wir auf Stufe Gemeinderat nicht lösen. Doch es ist richtig, dass die SVP auf allen Ebenen des Staates handelt. Die städtische Sicher-

heitsdiskussion stiessen wir bereits frühzeitig an. Ob das reicht, wird sich zeigen. Was im Falle einer Eskalation von den politischen Verantwortungsträgern zu erwarten sein könnte, zeigt die Reaktion der Stadt Zürich auf die Terroranschläge in Spanien. Auf Facebook hiess es kurz und knapp: «Wir sind zutiefst betroffen und bekunden unsere Anteilnahme.» Die Floskeln hat die linke Stadt bereits drauf. Hoffentlich wird sie diese nie in Bezug auf die eigene Bevölkerung benutzen müssen.

LESERBRIEF

Nein zur AHV-Kosmetik

Die Abstände, in denen der Bund die Mehrwertsteuer erhöht, um Löcher zu stopfen, werden immer kürzer. Die nächste Erhöhung der Mehrwertsteuer soll mit der Rentenreform kommen, über die am 24. September abgestimmt wird. Ein Ja zu den AHV-Abstimmungsvorlagen kostet uns satte 5,4 Milliarden Franken. Zur Finanzierung soll wieder einmal die Mehrwertsteuer herhalten. Sie soll gut die Hälfte der Mehrkosten einbringen. Man darf sich keine Illusionen machen. Niemand wird bei einer Annahme der Vorlage zu den Gewinnern gehören. Denn die Mehrwertsteuererhöhung wird uns alle im Alltag hart treffen. Am härtesten trifft es die jüngere Generation, die noch 30 oder 40 Jahre lang bezahlen muss bis sie selber pensioniert wird. Die Generation, die immer mehr Lohnabzüge in Kauf

nehmen muss, die immer mehr Mehrwertsteuer bezahlen muss und zu allem Übel weiss, dass ihre eigenen Renten trotz allem hinten und vorne nicht gesichert sind. Der Grund: Diese Reform ist reine Kosmetik. Sie löst die Probleme nicht sondern deckt sie für ein paar Jahre einfach zu – bis die nächste Mehrwertsteuererhöhung fällig wird. So geht es nicht weiter. Ich werde Nein stimmen und erwarte von Bundesbern, dass die AHV jetzt endlich fair und langfristig gesichert wird. Menschen sollen länger als 65 Jahre arbeiten dürfen. Ausländer, die nur wenige Jahre AHV-Beiträge (und Mehrwertsteuer) in unserem Land bezahlt haben, sollen gemäss ihren Beiträgen auch massiv weniger AHV bekommen usw.

René Isler, Kantonsrat, Winterthur

INSERAT

Überleben in einer verrückten Welt

Der Weg der Schweiz



Sonntag, 3. September 2017

im Gemeindesaal Obstgarten

Tränkebachstrasse 35, Stäfa

Programm:

- 14.00 Uhr Türöffnung, musikalische Unterhaltung
Superländlerkapelle Carlo Brunner
- 15.00 Uhr Eröffnungskonzert **Superländlerkapelle Carlo Brunner**
- 15.15 Uhr **Nationalrat Roger Köppel**
Überleben in einer verrückten Welt – Der Weg der Schweiz
Moderation **Dr. Matthias Ackeret**
Ausklang **Superländlerkapelle Carlo Brunner**
- 16.30 Uhr Apéro im Foyer

Jedermann ist herzlich eingeladen!

Parkplätze vorhanden
SVP Bezirk Meilen / SVP Stäfa
www.svp-bezirk-meilen.ch

